

Wenn der politische Wille fehlt...

Gespräch mit Professor Dr. Hans Letsch
zum Stand der Ordnungspolitik in der Schweiz und in der EU



□ Auch von bedeutenden Repräsentanten unserer Wirtschaft wird immer wieder die Ordnungspolitik beschworen und auf die Unzulänglichkeiten in diesem Bereich hingewiesen. Zum Beispiel vom Vorortspräsidenten an der letztjährigen Delegiertenversammlung: «Ich halte die Fähigkeit zur ordnungspolitischen Erneuerung aus eigener Kraft für die Zukunft unseres Landes für entscheidend.» Wie beur-

teilen Sie den Stand dieser Erneuerung?

■ Prof. Dr. Hans Letsch: Vielleicht muss man zuerst kurz sagen, um was es überhaupt geht. Ordnungspolitik, die diesen Namen verdient, bedeutet die Schaffung bzw. Stärkung eines umfassenden freiheitlichen Ordnungssystems in Wirtschaft und Staat. Eine solche Ordnung schafft beste Voraussetzungen für Wohlstand und Lebensqualität. Bedeutend sind sicher ein Teil jener Massnahmen, die der Bund zurzeit unter dem Motto «Marktwirtschaftliche Erneuerung» in Aussicht nimmt, so zum Beispiel der Abbau von Zöllen und mengenmässigen Handelsbeschränkungen, die Beseitigung technischer Handelshemmnisse, ferner mehr Wettbewerb im Innern, vor allem durch Liberalisierung des Submissionswesens usw. Doch genügen meines Erachtens Massnahmen zur Marktöffnung und zu mehr Wettbewerb nicht. Wir müssen sogar aufpassen, dass zwecks De-Regulierung nicht zu viel neu reguliert und der Unternehmer aus seiner Verantwortung entlassen wird, etwa durch die Schaffung einer aufgeblähten Kartell-Bürokratie.

□ In welchen Bereichen müsste denn die ordnungspolitische Erneuerung zusätzlich sichtbar werden?

■ Letsch: Überall dort, wo der Staat persönliche Freiheit und Eigenverant-

wortung über Gebühr einschränkt. Ich erinnere an Auswüchse im *sozialen Bereich*, wo gezielte Hilfe längst durch die staatliche Giesskanne ersetzt wurde. Ebenso ist es problematisch, flexiblere vertragliche Lösungen zwischen den Sozialpartnern durch starre gesetzliche Vorschriften auszuhöhlen. Ferner löst der Staat durch *Subventionen* verschiedenster Art Wettbewerbsverzerrungen aus. Er entlässt Private aus ihrer persönlichen oder unternehmerischen Verantwortung, wie z. B. mit Subventionen zur Förderung der praxisorientierten Forschung. Diese Staatsgläubigkeit führt schliesslich zur *wachsenden Ausgabenflut* (höhere Staatsquote!), zur überbordenden *Fiskalbelastung* (höhere Steuern und Abgaben!) und trotzdem zu einem *zu hohen Schuldenberg*. Das alles ist Ausdruck ordnungspolitischer Verwahrlosung und beraubt die Schweiz ihrer internationalen Standortvorteile.

□ *Dann müsste also Ordnungspolitik die gesamte Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Steuerpolitik erfassen?*

■ **Letsch:** Nicht nur das. Es sind auch staatspolitische Pfeiler bedroht, auf die sich ein umfassendes freiheitliches Ordnungssystem stützen können. Damit meine ich vor allem Ruhe und Ordnung im Innern, Föderalismus und direkte Demokratie. Weil Freiheit unteilbar ist, sind wirtschaftliche und politische Grundwerte gleichermaßen zu respektieren. Das heisst, dass wir insbesondere die direkte Demokratie zwar läutern sollen, sie aber im Prinzip nicht preisgeben oder gar auf dem Altar der EU irgendwelcher Form der repräsentativen Demokratie opfern dürfen.

□ *Zur EU! Sie liessen sich ja kürzlich in Brüssel und wiederholt schon in Bonn über den ordnungspolitischen Stand dieser Institution und jenen Deutschlands orientieren. Welche Erkenntnisse haben Sie dabei gewonnen, vorab im Vergleich zur Schweiz?*

■ **Letsch:** Sie bezeichnen die EU zu Recht als «Institution». Ich glaube, man

kann das nicht genug unterstreichen: EU und Europa sind nämlich zwei Paar Stiefel. Die Schweiz hat sich nie von Europa isoliert. «Alleingang» und «Isolation» sind Schlagwörter übelster Sorte. EU-Gegner sind auch keine Angsthasen und «Ewiggestrigen». Wir blicken in die Zukunft. Dabei sind und bleiben wir europa-, ja welttoffen, und zwar nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Belangen. Laufend und überall setzen wir Zeichen unserer Solidarität mit der Staatengemeinschaft. Erfreulicherweise hat der Präsident des Vorortes des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Dr. Andres F. Leuenberger, erst kürzlich einen Vortrag mit dem Satz eingeleitet: «Auch ohne Teilnahme am EWR ist und bleibt die faktische Verbindung der Schweiz mit ihrer europäischen und globalen Umwelt von höchster Intensität.»

Gerade weil dem so ist, möchte sich aber ein grosser Teil unserer Bevölkerung nicht blind in die *Institution EU* einbinden lassen. Brüssel, so wie es sich heute präsentiert, beschneidet die Souveränität der Mitgliedstaaten und frönt dem Glauben an die staatliche (bürokratische) Machbarkeit im Übermass. *Gerd Habermann*, Leiter der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer in Deutschland (ASU) und Privatdozent an der Universität Bonn, warnt vor einem «europäischen Superstaat». Für ihn gilt es, «Europa vor den Eurokraten zu retten». Auch in der Schweiz verkennen Gegner eines EU-Beitritts nicht, dass es grenzüberschreitende Probleme gibt, die gemeinsam angepackt werden müssen, z. B. in der Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung oder im Umweltschutz. Dazu genügen aber Formen der Zusammenarbeit, die nicht den Status der heutigen EU anzunehmen brauchen.

□ *Zurück zur Ordnungspolitik. Was stört Sie denn unter diesem Aspekt an der EU und ihren Mitgliedstaaten?*

■ **Letsch:** Mich stört, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten an einem *ordnungspolitischen Manko* leiden, das

noch grösser ist als jenes in unserem Land, und dass die Chancen für einen Kurswechsel gering sind. Diese Beurteilung erfolgt nicht aus der Abgeschlossenheit eines helvetischen Reduit-Kämpfers oder eines überheblichen Besserwissers. Ich stütze mich auf Analysen ausländischer, vorab deutscher Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker. Als besonders aufschlussreich erachte ich ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft vom 31. Au-

Industriepolitik

«Die Nennung der Industriepolitik neben der Wettbewerbspolitik in Art. 3 EG-Vertrag begründet das Risiko, dass für alte und neue Industrien eine Strukturpolitik betrieben wird, welche diese Industrien den harten Zwängen eines Wettbewerbs auf offenen Märkten entzieht.»

Art. 130 Abs. 2 des Maastrichter Vertrages «ist so umfassend und zugleich so unbestimmt gehalten, dass er keine deutlich zwingende Begrenzung für Formen einer dirigistischen Industriepolitik enthält. . . . Zudem sprechen Erfahrungen und Einsichten in die Eigendynamik von Institutionen und von Regelwerken mit interventionistischem Potential dafür, dass Eingriffsmöglichkeiten auch genutzt werden.

Aus: Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn.

«Industriepolitik läuft regelmässig auf Begünstigung politisch einflussreicher Branchen, auf die Förderung nationaler oder euro-nationaler Prestige-Objekte und Protektionismus im grossen Stil hinaus.»

Aus: Leitbild der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer in Deutschland (ASU).

gust 1994 «Ordnungspolitische Orientierung für die Europäische Union» sowie das ordnungspolitische Leitbild der ASU vom April 1993 «Für ein Europa des Wettbewerbs».

□ *Und worauf bezieht sich diese Kritik?*

■ **Letsch:** Ich klammere jetzt zwei Mängel aus, die so offen liegen, dass sie gar nicht näher erläutert werden müssen, nämlich die fehlende demokratische Legitimation sowie den als Harmonisierung verniedlichten Zentralismus, welcher «Euronormen auch dort huldigt, wo es keine braucht» (so Nationalrat Gerold Bührer). Besonders kritisch sind indessen drei Bereiche. Die von der EU teils empfohlene oder tolerierte, teils selber praktizierte Industrie- und Technologiepolitik mit Subventionen und Interventionen im grossen Stil «führt zu einer Verschwendung knapper Ressourcen, wirkt protektionistisch und konserviert im Ergebnis meist bestehende Wirtschaftsstrukturen» (so Horst Feldmann im Ordo-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 1993). Beispiele jüngeren Datums und grossen Ausmasses sind die von der EU-Kommission genehmigten staatlichen Beihilfen an die Air France und den Computer-Hersteller Bull. Die Gefahr, dass es sich dabei nicht um letzte Ausnahmen handelt, ist deshalb gross – zurzeit steht die Iberia auf der Traktandenliste –, weil der Maastrichter Vertrag «keine deutlich zwingende Begrenzung für Formen einer dirigistischen Industriepolitik enthält» und weil «Erfahrung sowie Einsicht in die Eigendynamik für Institutionen und Regelwerke mit interventionistischem Potential dafür sprechen, dass Eingriffsmöglichkeiten auch genutzt werden» (so der wissenschaftliche Beirat). Zahlen bestätigen diese Befürchtung. Die Ausgaben unter dem Titel «Strukturpolitik» im EG-Haushalt steigen überdurchschnittlich. Sie haben sich zwischen 1988 und 1992 verdoppelt!

Die Kritik im Sozialbereich richtet sich einerseits gegen die Verletzung

des Subsidiaritätsprinzips, und zwar sowohl im Verhältnis der EU zu als auch innerhalb der Mitgliedstaaten, und andererseits gegen zu weitgehende Regulierungen bzw. Harmonisierungen im Arbeitsvertragsrecht sowie den umfassenden Katalog sogenannter sozialer Grundrechte und weiterer Ansprüche. Der wissenschaftliche Beirat bezeichnet es ausdrücklich als «fraglich, ob der EU überhaupt sozialpolitische Regulierungskompetenzen übertragen werden sollten», und im Leitbild der ASU wird klipp und klar festgestellt: «Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die soziale Kompetenz der EG grundsätzlich zu bestreiten.» So gesehen dürften sowohl die europäische Sozialcharta als auch die Richtlinie 1994 über die Einsetzung europäischer Betriebsräte und andere Schritte zu einer EU-Sozialunion kein Thema sein. Auch hier ist bezeichnend, was in der «Frankfurter Allgemeinen» vom 11. März 1995 Bernd Rütters feststellt: «In der Verkenning ökonomischer Folgen und Grenzen vermeintlicher sozialstaatlicher Wohltaten haben die deutschen Obergerichte inzwischen einen mächtigen Konkurrenten bekommen, nämlich den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg». Diesem wird «herausragende Skurrilität» attestiert! Schliesslich verstösst die EU nach aussen gegen Grundsätze, zu denen sie sich im Innern bekennt. «Der Gedanke internationaler Arbeitsteilung über den Markt wird nicht akzeptiert; man möchte im Rahmen des allgemeinen *EG-Protektionismus* ausländische Wettbewerber abweisen», schreibt die ASU. Oder mit den Worten des wissenschaftlichen Beirates: «Es fehlt ein eindeutiges Bekenntnis zu einem freien internationalen Handel ohne protektionistische Praktiken.» Bezeichnend ist die Frage, die Peter Hort in den «Orientierungen» der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn stellt. «Wird Europa nun doch zur Festung?» Angesichts des Verhaltens der EU-Kommission zum Abschluss bilateraler Luftverkehrsabkommen (Open Sky) mit den USA hat diese Frage höchste Aktualität. Auch der Präsident des schweizerischen

Vorortes, Dr. Andres F. Leuenberger, warnt: «Aus liberaler Sicht darf der Nationalismus in Europa nicht dadurch überwunden werden, dass neue Blöcke gegenüber den USA, Japan und anderen aufstrebenden Staaten errichtet werden. Die Alternative zum Nationalismus sollte nicht ein neuer «Euro-Nationalismus», sondern das klassische liberale Weltbild sein.»

Alles in allem kommt der frühere Direktor des weltwirtschaftlichen Instituts an der Universität Kiel, Prof. Giersch, zum Ergebnis: «Im Vergleich zu dem, was vor drei oder vier Jahrzehnten aus marktwirtschaftlicher Sicht zu erhoffen stand, zeigt das bisherige Ergebnis ein grosses Manko.»

□ *Merkwürdig eigentlich, dass trotz dieser Kritiken schweizerische Wirtschaftskreise dennoch für einen raschen EU-Beitritt werben. Der Direktor des VSM, Martin Erb, ortet sogar Standortvorteile in der EU und erklärt unverblümt: «Die Industrie, auch unsere, geht dorthin, wo der Standort am meisten Vorteile verspricht, und nicht dorthin, wo die ordnungspolitischen Grundsätze am meisten zitiert werden.» Was sagen Sie dazu?*

■ **Letsch:** Natürlich empfinde ich solche Stimmen ebenfalls als merkwürdig. Ich will ja nicht so weit gehen wie kürzlich ein Wirtschaftsredaktor des «Tages-Anzeigers», der schrieb: «Wenn der Aufschwung im Kopf beginnt, dann nicht beim VSM!» Aber etwas mehr gesamtwirtschaftliches und langfristiges Denken könnte schon nichts schaden. Zwar wird man nicht bestreiten können, dass es Bereiche gibt, in denen die EU mehr Wettbewerb verspricht, als wir in unserem Land kennen. Auch könnte schon der Beitritt zum EWR und ebenso eine Vollmitgliedschaft der Schweiz in der EU einzelnen Unternehmen spezifische Vorteile bringen und ihre Gewinn- und Verlustrechnung *kurzfristig* verbessern. *Gesamtwirtschaftlich und langfristig* – und nur diese Optik interessiert mich – versprechen aber jene Standorte am meisten Vorteile, wo die ordnungspolitischen Grundsätze nicht

bloss zitiert, sondern durchgesetzt werden. Jeder Schritt in die ordnungspolitische Verwahrlosung, sei es mit Subventionen, Interventionen, Fiskalbelastungen und wohlfahrtsstaatlichen Exzessen, pflastert den Weg zur Sozialisierung, das heisst – wie Erfahrungen zur Genüge belegen – zur politischen und wirtschaftlichen Verarmung.

□ *Aber was z. B. Ende Februar an der von der EU-Kommission organisierten G7-Ministerkonferenz zu den Perspektiven einer Informationsgesellschaft gesagt und als «Idee der Brüsseler Behörde» vermarktet worden ist, verdient doch als langfristiges Problem ernst genommen zu werden?*

■ **Letsch:** Natürlich handelt es sich dabei um ein langfristiges und wichtiges Problem. Aber Sie glauben doch nicht im Ernst, dass der bereits vor fünf Jahren z. B. von Leo A. Nefiodow in

seinem Buch «Der fünfte Kondratieff» vorgezeichnete Weg zur Informationsgesellschaft sowie seine Strategien zum Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft dynamischen Wirtschaftsführern in aller Welt (einschliesslich der Schweiz) nicht schon vor dieser Brüsseler Initiative bekannt gewesen wäre? Selbstverständlich sind auch daraus grenzüberschreitende Konsequenzen zu ziehen. Aber ob dazu die Brüsseler Bürokratie die geeignete Plattform sei, darf doch wohl bezweifelt werden.

Als vollends widersprüchlich empfinde ich es, wenn ausgerechnet für Promotoren der marktwirtschaftlichen Erneuerung in der Schweiz ordnungspolitische Fragen im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt überhaupt kein Thema sind. Man geht darauf ganz einfach nicht ein. Ist es diesen Leuten denn wirklich egal, wenn wir durch die

Sozialpolitik

«Es ist fraglich, ob der EU überhaupt sozialpolitische Regulierungskompetenzen übertragen werden sollten.»

*

«Nicht Unterschiede in den sozialpolitischen Regulierungen, sondern die Bestrebungen, sie durch europäische Mindestnormen zu verringern, verzerren den Wettbewerb.»

*

«Zwischenstaatliche Unterschiede sowohl der sozial- und arbeitsrechtlichen Regulierungen als auch der sozialen Versicherungen sind ökonomisch zu rechtfertigen, ebenso wie Differenzierungen bei der Einkommensverteilung über das Steuer- und Transfersystem.»

Aus: Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn.

«Auch das sozialdemokratisch beherrschte europäische Parlament treibt in die Richtung einer wohlfahrtsstaatlichen Nivellierung, indem es einen umfassenden Katalog sogenannter sozialer Grundrechte (also Ansprüche gegen den Staat) verkündet.»

*

«Nach den Grundsätzen der Wettbewerbs- und Subsidiaritätsphilosophie der ASU sind die meisten Richtlinienentwürfe und schon bestehenden sozialen Regulierungen von europäischer Ebene her abzulehnen.»

*

«Im Sozialbereich ist die Fehlentwicklung der europäischen Integration – abgesehen von der Landwirtschaft – ideologisch und praktisch am weitesten fortgeschritten.»

Aus: Leitbild der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer in Deutschland (ASU).

Einbindung in diese supranationale Organisation noch zu weiteren sozialstaatlichen «Fortschritten» gezwungen würden, auf die wir bisher verzichtet haben? Wie lassen sich die dirigistischen und protektionistischen Tendenzen mit unserem Wunsch nach weniger Staatsintervention sowie mit unserem Bekenntnis zur Weltoffenheit vereinbaren? Wie würden Unternehmer reagieren, wenn auch für uns, eingebettet in die EU, Handelsschranken gegenüber Drittländern aufgebaut würden, die unsere Bewegungsfreiheit einengen? Wie wollen unsere ordnungspolitischen Gralshüter im Hinblick auf den immensen Finanzbedarf der EU ihre Forderungen nach Stabilisierung der Staats- und Steuerquote und nach Redimensionierung des öffentlichen Sektors durchsetzen? Nehmen sie die unvermeidliche Verschärfung der Fiskalbelastung durch eine Mehrwertsteuer von mindestens 15 Prozent einfach hin, oder glauben sie im Ernst an eine entsprechende Reduktion anderer Steuern? Schaffen Harmonisierung und Vereinheitlichung, bzw. die damit verbundene neue Gesetzes-, Verwaltungs- und Richtlinienflut wirklich mehr Freiheit, Verantwortung und Wohlstand, als es der Wettbewerb zwischen den Staaten bisher ermöglicht hat?

Solche und ähnliche Fragen drängen sich um so mehr auf, als die Hoffnung, der Vertrag von Maastricht könnte anlässlich der nächsten Überprüfung im Jahre 1996 ordnungspolitisch geläutert werden, doch eher auf schwachen Füßen steht. An anderen Modellen, wie beispielsweise das genannte Leitbild der ASU für ein «Europa des Wettbewerbs», fehlt es zwar nicht. Aber der politische Wille in den massgebenden Köpfen und Gremien der EU ist vorderhand nicht sichtbar. Das gilt für den Ministerrat und die Kommission gleichermaßen. Darüber vermögen ordnungspolitisch saubere Grundsätze, die auf Sachbearbeiterebene vorbereitet werden, ebensowenig hinwegzutäuschen wie rhetorische Bekenntnisse zum Subsidiaritätsprinzip.

Welches sind somit die Schlussfolgerungen, die Sie aus dieser Wirklichkeit für die Innen- und Europa-Politik der Schweiz ziehen?

■ **Letsch:** Für mich erhärtet sich je länger, je mehr die Überzeugung, dass unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten – diese sind und bleiben für mich der Kompass – ein Beitritt der Schweiz zur heutigen EU mehr Nachteile als Vorteile brächte und dass wir nicht nur uns, sondern der Staatengemeinschaft, zu der wir gehören, den besten Dienst erweisen, wenn wir konsequent alle Pfeiler, die unsere freiheitliche Staats- und Wirtschaftsordnung tragen, festigen. Wir sollten den Ehrgeiz haben, das zu bleiben, was wir trotz zunehmender Versäumnisse aus der Sicht anderer noch sind: ein «Leitstern für Ordnungspolitik» (so Gerd Habermann) in den «Orientierungen» der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn). Konzentrieren wir uns also vorerst auf unsere Hausaufgaben, einschliesslich der bilateralen Verhandlungen und den für die Schweiz entscheidenden Beitritt zum Gatt.

Wäre es nicht denkbar, dass im Falle einer Mitgliedschaft in der EU unser Einfluss eine ordnungspolitische Erneuerung auch in der Union günstig beeinflussen könnte?

■ **Letsch:** Diese Hoffnung trägt. Einmal sind die parteipolitischen «Macht»-Verhältnisse in den Gremien der EU wie auch im Europa-Parlament so, dass sie der «kleine Fisch Schweiz» nicht zu ändern vermöchte. Insbesondere die sozialstaatlichen oder allgemein gesagt die staatsgläubigen Einflüsse dominieren. Wenn Sie zudem daran denken, dass es sogar in den «bürgerlich» beherrschten eidgenössischen Räten kaum gelingt, der ordnungspolitischen Verwahrlosung Einhalt zu gebieten, so erlischt Ihre Hoffnung bezüglich der EU zu blossen Wunschenken. Der Preis einer Vollmitgliedschaft wäre vor allem auch deshalb zu gross, weil dann sogar jene Standortvorteile noch preisgegeben werden müssten, die wir in eigener Verantwortung bisher zu erhalten ver-

mochten, oder die sich in eigener Regie – wenn wir wollen – weiter bzw. wieder verbessern lassen. Wie sagte doch die frühere britische Premierministerin Margret Thatcher: «Wir Briten haben den Einfluss des Staates nicht deshalb zurückgedrängt, damit er auf europäischer Ebene wieder verstärkt wird – unter einem europäischen Superstaat mit einem neuen Machtzentrum in Brüssel.»

Bestehen aber nicht Chancen, dass der Schweiz «Sonderrechte» zugestanden würden, wie sie für Grossbritannien teilweise noch gelten?

■ **Letsch:** Meines Erachtens kaum. Dagegen haben sich Regierungschefs grosser Mitgliedstaaten klar ausgesprochen. Bemerkenswert ist auch, was kürzlich Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, in einem Vortrag an die Adresse der Schweizer Zuhörer sagte: «Wer jetzt noch mitfahren will, kann die eingeschlagene Richtung nicht mehr verändern. Er kann nur noch auf den fahrenden Zug aufspringen.» So ist das! Die Arroganz von Macht und äusserer Grösse setzt sich bereits wieder (nicht zum ersten Mal in Europa) über die Grundsätze von Freiheit, Demokratie, Föderalismus und Subsidiarität hinweg und verkennt, was am 6. Januar 1995 in der Bonner Wochenzeitung «Das Parlament» (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung) wie folgt formuliert wurde: «Von aussen gesehen, besitzt die EU nach wie vor eine grosse Attraktivität und Anziehungskraft... Im Innern dagegen nimmt die Akzeptanz der EU ständig ab...» Was einen deutschen Wissenschaftler mir gegenüber zu der Bemerkung veranlasste: «Wenn schon dieses Blatt in einem Artikel, der die EU retten will, deren Schwächen so offen eingesteht, sollte die Eidgenossenschaft viel vorsichtiger handeln.»

Und nun noch meine letzte Frage: Glauben Sie im Ernst daran, dass in der Schweiz die ordnungspolitische Erneuerung gelinge?

■ **Letsch:** Davon war ich lange überzeugt. Vergessen Sie nicht, dass wir auch heute noch in verschiedener Hinsicht privilegiert sind. Direkte Demokratie und Föderalismus, politische Stabilität und Sozialpartnerschaft sowie Rechtssicherheit sind angeschlagen, bleiben aber aus der Sicht anderer beneidenswert. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung sind zu hoch geworden, aber immer noch tiefer als in anderen Ländern einschliesslich EU-Staaten. Die Preise für den privaten Verbrauch sind 1994 (zwei Jahre nach dem EWR-Nein!) im internationalen Vergleich ausgerechnet in der Schweiz, in Japan und Norwegen am geringsten gestiegen. Ebenso brauchen Ausbildung, Forschung und Entwicklung Vergleiche nicht zu scheuen. In dieser relativ starken Position sollten wir doch eigentlich motiviert sein, verlorenes Terrain gutzumachen und nicht «Vorbildern» nachzueifern, die keine sind.

Aber eben: Sie sagen, wir sollten motiviert sein. Sind wir es wirklich?

■ **Letsch:** Hier setzen tatsächlich in letzter Zeit auch meine Zweifel ein, und zwar deshalb, weil der politische Wille, die «Leitstern»-Funktion wahrzunehmen, schwindet – nicht nur im Bundeshaus! So können natürlich auch Optimisten an die Grenze zur Resignation stossen.

Resignieren Sie?

■ **Letsch:** Mit Blick auf unser heutiges Bundesparlament mit seiner engstirnigen staatsgläubigen (bürgerlichen!) Dominanz: Ja. Ich möchte es aber mit unserem Bundespräsidenten Kaspar Villiger halten, der in einem Vortrag gesagt hat: «Die Schweiz ist entweder ein Sonderfall, oder sie ist nicht... Unsere Geschichte ist eine Erfolgsstory. Wenn die Zukunft ebenfalls eine Erfolgsstory werden soll, müssen wir einiges leisten... Eigentlich traue ich *unserem Volk* diesen Kraftakt zu!»

Interview: Woldemar Muischneek

